

Presseschau

Pressegespräche
mit
Jannis Milios

13.01.2015

- Dieser elektronische Pressespiegel ist nur für die interne Information der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung und ihres Stiftungsverbundes bestimmt. Eine Weitergabe an Dritte ist aus urheberrechtlichen Gründen untersagt. -

Udo Wolter

Rosa-Luxemburg-Stiftung - Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. | www.rosalux.de

Bereich Archiv und Bibliothek . | Tel.: 030-44310-422 |

Deutschlandfunk – Informationen am Morgen

12.01.2015 05:05 Uhr

URL dieser Seite: http://www.deutschlandfunk.de/syryza-chefoekonom-in-berlin-wir-koennen-unser-programm.1773.de.html?dram:article_id=308442



SYRYZA-CHEFÖKONOM IN BERLIN

"Wir können unser Programm umsetzen"

Von Stephan Detjen

Syryza unter dem Vorsitz von Alexis Tsirpas will bei den Neuwahlen im Februar entscheidende Kraft werden.
(dpa/picture-alliance/Wolfgang Kumm)

Zwei Wochen vor der Parlamentswahl in Griechenland ist Yannis Milios nach Berlin gekommen, um für Vertrauen in die Wirtschaftspolitik von Syryza zu werben. Der Chefökonom des Linksbündnisses machte deutlich, warum man Gläubigern in der EU und bei der Weltbank einen deutlichen Schuldenschnitt abverhandeln wolle.

Yannis Milios hat in den 70er-Jahren in Darmstadt und Osnabrück studiert. Elmar Altvater, einen der akademischen Mentoren der 68er-Bewegung nennt er als einen der Wissenschaftler, die ihn damals besonders beeindruckten. Literatur, die ihn prägte, las Milios auf Deutsch:

"Der theoretische Rahmen, den Karl Marx begründet hat. Auch die theoretische Richtung von Sigmund Freud, die Frankfurter Schule."

Als Student war er Mitglied der Kommunistischen Partei Griechenlands gewesen. Nicht der Staatssozialismus nach sowjetischen Muster sei damals ihr Vorbild gewesen, sondern der Euro-Kommunismus für den die KPs in Italien und Frankreich standen, sagt Milios.

Jetzt sitzt der Wirtschaftsprofessor mit vollem, grauen Haar in Berlin im Gebäude des einstigen SED Zentralorgans Neues Deutschland. Die KPD hat hier heute ihren Sitz, ebenso die der Linkspartei nahestehende Rosa Luxemburg Stiftung. Zwei Wochen vor der Parlamentswahl in Griechenland ist Milios hierhergekommen, um für Vertrauen in die Wirtschaftspolitik von Syryza zu werben.

"Wir haben alles durchgerechnet, wir können unser Programm umsetzen", beteuert Milios, der an der Nationalen Technischen Universität in Athen Professor für Wirtschaftspolitik ist.

"Wir wollen kein neues Haushaltsdefizit schaffen. Wir waren die Partei, die die Regierung immer davor gewarnt hat, dass eine Überschuldung in die Krise führt"

Neuer Schuldenschnitt im Gespräch

Schon bei den letzten Parlamentswahlen in Griechenland setzte die Aussicht auf einen Syriza-Sieg hektische Spekulationen über ein Ausscheiden Griechenlands aus der Eurozone in Gang. Von vielen ihrer damaligen Forderungen ist Partei seitdem abgerückt.

"Wir haben klar gesagt: die Einkommen, Löhne nicht wieder auf das Niveau von 2009 ansteigen", sagt der Syriza-Chefökonom.

Doch die nach 2010 beschlossenen Senkungen von Mindestlohn, Renten und Beamtengehältern will Syriza zurücknehmen. Vor allem aber will die Partei ihren Gläubigern in der EU und bei der Weltbank einen deutlichen Schuldenschnitt abverhandeln. Als Vorbild verweist Milios auf die Londoner Schuldenkonferenz von 1953:

"Damals wurde Deutschland ein Großteil seiner Schulden erlassen. Und die Rückzahlung wurde an eine Wachstumsklausel gebunden."

Und noch eine historische Rechnung will Syriza präsentieren: Die Forderung nach Reparationen für deutsche Kriegsverbrechen sowie die Rückzahlung eines Zwangskredits, den die deutschen Besatzer der griechischen Staatsbank abpressten:

"Die griechischen Regierungen haben das bis jetzt nicht ernsthaft verfolgt. Wir werden das in unseren bilateralen Beziehungen auf den Tisch legen", kündigt Milios an.

Das Wohlwollen der kleinen Links-Opposition im Deutschen Bundestag, deren Vorsitzender Bernd Riexinger Syriza nächste Woche auch im griechischen Wahlkampf unterstützen will, wird dann allerdings nicht genügen.

"Wir haben verbündete, nicht nur im Süden Europas," beteuert Yannis Milios.

Welche Kontakte er bei seiner Werbetour in Europa außerhalb der Rosa-Luxemburg Stiftung und der Linkspartei geknüpft hat, will Milios an diesem stürmischen Januar-Nachmittag in der Zentrale der Rosa-Luxemburg-Stiftung nicht benennen. Draußen schiebt ein älterer Mann eine Kiste mit roten KPD-Fahnen in seinen Kombi. Syriza hat einen schweren Weg vor sich, wenn sie als künftige Regierungspartei in der Mitte Europas erfolgreich sein will.

Weiterführende Information

Schuldenschnitt für Griechenland - "Ein absolutes Fehlsignal" [http://www.deutschlandfunk.de/schuldenschnitt-fuer-griechenland-ein-absolutes-fehlsignal.694.de.html?dram:article_id=308407]

(Deutschlandfunk, Interview, 12.01.2015)

Griechenland - Mit einem Linksbündnis aus der Krise? [http://www.deutschlandradiokultur.de/griechenland-mit-einem-linksbuendnis-aus-der-krise.1008.de.html?dram:article_id=308386]

(Deutschlandradio Kultur, Interview, 11.01.2015)

Vor den Wahlen - "Griechenland kann nicht aus seinen Schulden herauswachsen" [http://www.deutschlandfunk.de/vor-den-wahlen-griechenland-kann-nicht-aus-seinen-schulden.694.de.html?dram:article_id=308353]

(Deutschlandfunk, Interview, 11.01.2015)

"Grexit"-Debatte - Warum Griechenland in der Eurozone bleiben sollte [http://www.deutschlandfunk.de/grexit-debatte-warum-griechenland-in-der-eurozone-bleiben.858.de.html?dram:article_id=308339]

(Deutschlandfunk, Themen der Woche, 10.01.2015)

Deutschlandradio © 2009-2015

Autor: Paulus Ponizak

Gattung: Online-Quelle

Seite: Online 12.01.2015, 16:41 Uhr

Nummer: 1083673864

Weblink: <http://www.berliner-zeitung.de/wirtschaft/wahl-in-griechenland--die-deutschen-sollten-sich-auf-syriza-freuen-10808230,29547030.html>

"Die Deutschen sollten sich auf Syriza freuen"

Am 25. Januar wird in Griechenland gewählt. Wenn das Linksbündnis Syriza gewinnt, so wird gewarnt, drohen Chaos und ein Euro-Austritt Griechenlands. Dem widerspricht Jannis Milios, Wirtschaftsprofessor in Athen und wichtigster Wirtschaftsberater von Syriza-Chef Alexis Tsipras.

Die Welt schaut auf Griechenland. Dort wird am 25. Januar gewählt. Bislang liegt das Linksbündnis Syriza vorn, das den strengen Sparkurs des Landes ablehnt. Kommt Syriza an die Macht, so wird gewarnt, drohen Chaos, Krise und ein Euro-Austritt Griechenlands. Dem widerspricht Jannis Milios, Wirtschaftsprofessor in Athen und wichtigster Wirtschaftsberater von Syriza-Chef Alexis Tsipras: "Unsere Politik nützt nicht nur Griechenland, sondern ganz Europa."

Herr Professor Milios, angesichts Ihrer Politikvorschläge bezeichnet man Sie als Populisten. Sind Sie das?

Was ist ein Populist? Für mich ist das jemand, der so tut, als vertrete er die Bevölkerung, tatsächlich aber Politik für die herrschenden Eliten macht. In Europa bezeichnet man derzeit gern Politiker als Populisten, die nicht dem neoliberalen Sparkurs folgen, der als alternativlos gilt.

In diesem Sinne sind Sie Populist?

Mir gefällt der Begriff nicht. Für mich sind Populisten eher Menschen die behaupten, dass die Griechen immerzu Ferien machen, nicht arbeiten und betrügen und dafür die Deutschen zahlen lassen.

Der Großinvestor Joerg Sponer von Capital Group sagte nach einem Treffen mit Ihnen: "Syriza ist schlimmer als Kommunismus, die Kommunisten hatten wenigstens einen Plan. Syriza bedeutet Chaos."

Seit Mai 2012 treffen wir uns mit vielen privaten Geldgebern. Einige lehnen uns ab - das sind die, die auf das schnelle Geld aus sind. Wir erhalten aber auch viel Zustimmung von jenen Investoren, die ihr Geld langfristig anlegen und daher unser Programm zur Wiederbelebung der griechischen Wirtschaft für aussichtsreich halten. Diese Anleger kommen vielfach aus Ländern

außerhalb Europas, wo man das drastische Sparprogramm der Euro-Staaten für ein Risiko für die Weltwirtschaft hält.

Jannis Milios (Jahrgang 1952) ist Professor für Politische Ökonomie an der Universität NTUA in Athen. Er studierte Ingenieurwissenschaften und Wirtschaft an den Universitäten Osnabrück, Darmstadt und Athen. In seinen zahlreichen Texten befasst er sich insbesondere mit der Geschichte des ökonomischen Denkens, den Finanzmärkten und der Entwicklung des Kapitalismus. Seit einigen Jahren ist er einer der wirtschaftspolitischen Köpfe des griechischen Linksbündnisses Syriza.

Wie sieht Ihr Programm aus, das Europa in Schrecken versetzt?

Unser Programm hat vier Punkte. Erstens wollen wir die humanitäre Krise bekämpfen. Dafür werden wir 300 000 arme Haushalte gratis mit Strom versorgen und Nahrungsmittel an Bedürftige verteilen. Zudem gibt es viele leerstehende Wohnungen und immer mehr Obdachlose. Ihnen helfen wir, indem wir die Miete mit drei Euro pro Quadratmeter subventionieren. Rentner, die weniger als 700 Euro haben, sollen 13 Renten pro Jahr erhalten anstatt zwölf. Vor den Sparprogrammen waren es 14. Das kostet Geld...

Natürlich. Allerdings sollten Wohnung und Essen in Europa heutzutage eine Selbstverständlichkeit sein. Aber unser Programm kostet noch mehr. Denn wir müssen das Problem der privaten Überschuldung lösen: Der Schuldendienst der privaten Haushalte darf künftig nicht mehr als ein Drittel des Einkommens betragen. Schulden, die darüber hinausgehen, werden eingefroren, bis der Schuldendienst wieder geleistet werden kann. Zudem planen wir eine Reorganisation des Staates: Darunter fallen Maßnahmen wie die Verminderung der

Ministerien von 18 auf zehn oder die Bekämpfung der Korruption und Steuerhinterziehung.

Die Korruption zu bekämpfen versprechen alle Regierungen - mit mäßigem Erfolg.

Das stimmt. Der Grund dafür liegt in den herrschenden Parteien, die Griechenland schon seit Jahrzehnten regieren. Sie sind fester Bestandteil des Systems der Korruption und Vetternwirtschaft. So existiert eine Liste mit 24 000 Personen, die in den letzten Jahren jeweils mehr als 100 000 Euro am Finanzamt vorbei außer Landes gebracht haben. Innerhalb von zwei Jahren hat die Regierung nur 407 dieser Fälle untersucht. Private Sender zahlen nichts für die Nutzung öffentlicher Frequenzen. All das zeigt: Bisher fehlt der Wille zur Bekämpfung der Korruption. Die herrschenden Parteien sind eng mit den großen Oligarchen und Konzernen verknüpft. Wir nicht.

Wie will Syriza die griechische Wirtschaft in Gang bringen?

Dazu gehört, dass wir den Rückgang der Löhne stoppen, indem wir den Mindestlohn wieder von 586 auf 750 Euro pro Monat erhöhen und die Flächentarifverträge stärken. Sklavenartige Arbeit muss verschwinden.

Aber Lohnerhöhungen verteuern Arbeit, was die griechische Wettbewerbsfähigkeit unterminiert.

Das ist die in Europa derzeit herrschende Ideologie. Tatsächlich sind die europäischen Volkswirtschaften kapitalintensive Ökonomien. Mit einem Niedriglohn-Wettbewerb wird Europa nicht weit kommen. Das Problem Europas ist nicht die Lohnhöhe, sondern mangelnden Investitionen, mangelhafte Infrastruktur, auch Bürokratie und widersprüchliche gesetzliche Regelungen. Wir müssen den Produktionsapparat und die Produktionsbedingungen moderni-

sieren, damit die Produktivität wieder steigt.

Aber niedrigere Löhne helfen den Unternehmen.

Die mangelnde Nachfrage erwürgt die Wirtschaft. Wäre ich Investor, ich würde derzeit nicht in Griechenland investieren wollen. Außerdem gibt es verschiedene Interessen in einer Gesellschaft, nicht nur die Unternehmen.

Wie wollen Sie Ihr Programm finanzieren?

Zunächst will ich festhalten: Die bisherige Politik ist gescheitert. Griechenlands Wirtschaftsleistung ist ein Viertel geringer als vor der Krise und den Sparprogrammen. Es muss einen Politikwechsel geben.

Wo soll das Geld herkommen?

Unser Programm kostet im ersten Jahr knapp zwölf Milliarden Euro...

Die griechische Regierung sagt, es sei viel mehr - bis zu 17 Milliarden.

Das wird die Regierung immer sagen, sie ist unser politischer Gegner. Wir errechnen zwölf Milliarden. Drei Milliarden bekommen wir aus der Eintreibung von Steuerrückständen, die insgesamt auf 70 Milliarden gestiegen sind. Die aktuelle Regierung schätzt, dass dem Staat durch Steuerhinterziehung und Öl-Schmuggel jährlich über zwölf Milliarden Euro entgehen - drei Milliarden davon wollen wir zurückholen. Das ist realistisch. Weitere drei Milliarden wollen wir aus dem Fonds für die Bankenstabilisierung nehmen und drei Milliarden aus EU-Struktur und -Investitionsfonds.

Das Geld aus den Strukturfonds und aus dem Bankenfonds kommt von der EU. Sie brauchen also die Zustimmung der europäischen Regierungen. Gleichzeitig kritisieren Sie die Sparauflagen für Griechenland und wollen die vereinbarten Bedingungen für die vergebenen EU-Hilfen neu verhandeln. Die EU lehnt das bislang ab. Was wollen Sie tun?

Über unser Programm wollen wir nicht verhandeln, denn das ist Sache nationaler Politik und eine Frage der Demokratie. Wenn die Menschen unser Programm wählen, setzen wir es um.

...finanziert mit Geld der EU.

Aber unser Programm ist im Interesse der EU. Denn: Der Sparkurs hat Griechenland ruiniert, die Wirtschaft ist drastisch geschrumpft, die Arbeitslosigkeit liegt bei 26 Prozent. Viele international

renommierte Ökonomen halten den Sparkurs für falsch.

Sie malen schwarz. Die griechische Wirtschaft wächst bereits wieder. Im dritten Quartal legte das Bruttoinlandsprodukt um 0,7 Prozent zu, das war Euro-Zonen-Rekord.

Angesichts eines Produktionsrückgangs von rund 30 Prozent ist das nicht beeindruckend. Und nebenbei gesagt ist dieses Wachstum von 0,7 Prozent ein statistischer Effekt. Denn das ist das reale Wirtschaftswachstum, die Inflation ist abgezogen. Nun herrscht in Griechenland Deflation, die Preise sinken um ein Prozent. Berücksichtigt man dies, so zeigt sich: "Real" produzieren die Unternehmen zwar mehr, tatsächlich aber nehmen sie weniger ein, weil die Preise fallen. Die Katastrophe setzt sich also fort. Niemand kann Interesse daran haben, dass der Sparkurs weitergeführt wird. Es heißt immer, Griechenland sei ein Fass ohne Boden. Wir wollen einen Boden einziehen.

Ohne Verhandlung mit der EU werden Sie nicht weit kommen. Denn Griechenland mag vielleicht Ihr Programm finanzieren können. Aber dieses Jahr braucht das Land nach Schätzungen 16 Milliarden Euro neue Kredite, um Zinsen zu zahlen und Alt-Schulden zurückzuzahlen. Um diese Kredite zu bekommen, brauchen Sie die EU.

Wir sind verhandlungsbereit. Es geht uns darum, die Sparauflagen abzumildern, um Griechenland wieder Luft zum Atmen zu geben. Nach geltender Vereinbarung muss Griechenland die nächsten Jahre hohe Überschüsse im Staatshaushalt erzielen und weitere Kredite aufnehmen. Und wozu dienen diese Überschüsse und neuen Kredite? Um die aufgelaufenen Schulden zu bedienen! Das ist ökonomischer Unsinn. Griechenland erhält Milliarden an Hilfen und spart sich kaputt, nur um einen Schuldenberg zu bedienen, der immer weiter wächst.

Daher fordern sie einen weiteren Schuldenerlass für Griechenland. Fast 80 Prozent der griechischen Schulden liegen bei öffentlichen Gläubigern wie den EU-Staaten, also letztlich beim Steuerzahler. Warum sollte der für Griechenland zahlen?

Weil es keinen anderen Weg gibt. Auch Deutschland wurde 1953 ein Großteil der Kriegs- und Vorkriegsschulden erlassen, um einen Neustart zu ermögli-

chen. Das wollen wir auch - und nicht nur wir. Auch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat dafür plädiert, Griechenlands Schulden zur Hälfte zu streichen.

Bislang wird Ihr Antrag von den EU-Staaten abgelehnt.

Am Ende wird es keine Frage von "Ja" oder "Nein" sein. Es geht nicht um Tsipras gegen Merkel. Es ist ein sehr viel komplizierteres Problem mit sehr vielen Spielern und Interessen. Ich bin optimistisch, dass wir eine Lösung finden werden.

Womit wollen Sie Ihre Verhandlungspartner überzeugen? Die Bundesregierung ließ kürzlich wissen, ein Austritt Griechenlands aus dem Euro sei für die Euro-Zone verkraftbar. Der Grexit scheint kein Drohpotenzial mehr zu haben.

Es gibt einen Unterschied zwischen einer Kriegsdrohung und einer Kriegserklärung. Vor den Wahlen kann jeder sagen, was er will. Nach den Wahlen wird dann verhandelt. Ein Austritt Griechenlands aus dem Euro würde vielleicht kurzfristig die Euro-Zone nicht destabilisieren. Langfristig aber ändert sich dadurch der Charakter der Währungsunion. Beispiel USA: Wenn Kalifornien zahlungsunfähig wird, ist dadurch die währungspolitische Einheit der USA nicht gefährdet. Anders in der Euro-Zone: Tritt Griechenland aus, würde ein Präzedenzfall geschaffen. Die Unumkehrbarkeit des Euro wäre offiziell dementiert. Das untergräbt prinzipiell den Bestand der Währungsunion. Wie gesagt, das kann niemand wollen. Dennoch: Inoffiziell wird in Deutschland gewarnt, man dürfe Syriza keine Zugeständnisse machen. Andernfalls würden andere hochverschuldete Länder ebenfalls benutzte Zugeständnisse bei Spar- und Reformauflagen fordern.

Ich halte das nicht für eine Bedrohung, sondern für eine Chance für Europa. Es braucht ja nicht nur in Griechenland eine Abkehr vom bisherigen Kurs. Auch in anderen Ländern. Auch in Deutschland. Der Zwang zu Sparsamkeit, Lohnsenkungs-Konkurrenz und Wettbewerbsfähigkeit hat auch der deutschen Arbeitsbevölkerung nicht gutgetan. Die Deutschen sollten sich auf Syriza freuen.

Das Gespräch führte Stephan Kaufmann.

Autor: Stephan Kaufmann
Seite: Online 12.01.2015, 16:45 Uhr
Weblink: <http://www.ksta.de/wirtschaft/wahl-in-griechenland--die-deutschen-sollten-sich-auf-syriza-freuen-,15187248,29547030.html>
Gattung: Online-Quelle
Nummer: 1083673864

"Die Deutschen sollten sich auf Syriza freuen"

Am 25. Januar wird in Griechenland gewählt. Wenn das Linksbündnis Syriza gewinnt, so wird gewarnt, drohen Chaos und ein Euro-Austritt Griechenlands. Dem widerspricht Jannis Milios, Wirtschaftsprofessor in Athen und wichtigster Wirtschaftsberater von Syriza-Chef Alexis Tsipras.

Die Welt schaut auf Griechenland. Dort wird am 25. Januar gewählt. Bislang liegt das Linksbündnis Syriza vorn, das den strengen Sparkurs des Landes ablehnt. Kommt Syriza an die Macht, so wird gewarnt, drohen Chaos, Krise und ein Euro-Austritt Griechenlands. Dem widerspricht Jannis Milios, Wirtschaftsprofessor in Athen und wichtigster Wirtschaftsberater von Syriza-Chef Alexis Tsipras: "Unsere Politik nützt nicht nur Griechenland, sondern ganz Europa."

Herr Professor Milios, angesichts Ihrer Politikvorschläge bezeichnet man Sie als Populisten. Sind Sie das?

Was ist ein Populist? Für mich ist das jemand, der so tut, als vertrete er die Bevölkerung, tatsächlich aber Politik für die herrschenden Eliten macht. In Europa bezeichnet man derzeit gern Politiker als Populisten, die nicht dem neoliberalen Sparkurs folgen, der als alternativlos gilt.

In diesem Sinne sind Sie Populist?

Mir gefällt der Begriff nicht. Für mich sind Populisten eher Menschen die behaupten, dass die Griechen immerzu Ferien machen, nicht arbeiten und betrügen und dafür die Deutschen zahlen lassen.

Der Großinvestor Joerg Sponer von Capital Group sagte nach einem Treffen mit Ihnen: "Syriza ist schlimmer als Kommunismus, die Kommunisten hatten wenigstens einen Plan. Syriza bedeutet Chaos."

Seit Mai 2012 treffen wir uns mit vielen privaten Geldgebern. Einige lehnen uns ab - das sind die, die auf das schnelle Geld aus sind. Wir erhalten aber auch viel Zustimmung von jenen Investoren, die ihr Geld langfristig anlegen und daher unser Programm zur Wiederbelebung der griechischen Wirtschaft für aussichtsreich halten. Diese

Anleger kommen vielfach aus Ländern außerhalb Europas, wo man das drastische Sparprogramm der Euro-Staaten für ein Risiko für die Weltwirtschaft hält.

Jannis Milios (Jahrgang 1952) ist Professor für Politische Ökonomie an der Universität NTUA in Athen. Er studierte Ingenieurwissenschaften und Wirtschaft an den Universitäten Osnabrück, Darmstadt und Athen. In seinen zahlreichen Texten befasst er sich insbesondere mit der Geschichte des ökonomischen Denkens, den Finanzmärkten und der Entwicklung des Kapitalismus. Seit einigen Jahren ist er einer der wirtschaftspolitischen Köpfe des griechischen Linksbündnisses Syriza.

Wie sieht Ihr Programm aus, das Europa in Schrecken versetzt?

Unser Programm hat vier Punkte. Erstens wollen wir die humanitäre Krise bekämpfen. Dafür werden wir 300 000 arme Haushalte gratis mit Strom versorgen und Nahrungsmittel an Bedürftige verteilen. Zudem gibt es viele leerstehende Wohnungen und immer mehr Obdachlose. Ihnen helfen wir, indem wir die Miete mit drei Euro pro Quadratmeter subventionieren. Rentner, die weniger als 700 Euro haben, sollen 13 Renten pro Jahr erhalten anstatt zwölf. Vor den Sparprogrammen waren es 14. Das kostet Geld...

Natürlich. Allerdings sollten Wohnung und Essen in Europa heutzutage eine Selbstverständlichkeit sein. Aber unser Programm kostet noch mehr. Denn wir müssen das Problem der privaten Überschuldung lösen: Der Schuldendienst der privaten Haushalte darf künftig nicht mehr als ein Drittel des Einkommens betragen. Schulden, die darüber hinausgehen, werden eingefroren, bis der Schuldendienst wieder geleistet werden kann. Zudem planen wir eine Reorgani-

sation des Staates: Darunter fallen Maßnahmen wie die Verminderung der Ministerien von 18 auf zehn oder die Bekämpfung der Korruption und Steuerhinterziehung.

Die Korruption zu bekämpfen versprechen alle Regierungen - mit mäßigem Erfolg.

Das stimmt. Der Grund dafür liegt in den herrschenden Parteien, die Griechenland schon seit Jahrzehnten regieren. Sie sind fester Bestandteil des Systems der Korruption und Vetternwirtschaft. So existiert eine Liste mit 24 000 Personen, die in den letzten Jahren jeweils mehr als 100 000 Euro am Finanzamt vorbei außer Landes gebracht haben. Innerhalb von zwei Jahren hat die Regierung nur 407 dieser Fälle untersucht. Private Sender zahlen nichts für die Nutzung öffentlicher Frequenzen. All das zeigt: Bisher fehlt der Wille zur Bekämpfung der Korruption. Die herrschenden Parteien sind eng mit den großen Oligarchen und Konzernen verknüpft. Wir nicht.

Wie will Syriza die griechische Wirtschaft in Gang bringen?

Dazu gehört, dass wir den Rückgang der Löhne stoppen, indem wir den Mindestlohn wieder von 586 auf 750 Euro pro Monat erhöhen und die Flächentarifverträge stärken. Sklavenartige Arbeit muss verschwinden.

Aber Lohnerhöhungen verteuern Arbeit, was die griechische Wettbewerbsfähigkeit unterminiert.

Das ist die in Europa derzeit herrschende Ideologie. Tatsächlich sind die europäischen Volkswirtschaften kapitalintensive Ökonomien. Mit einem Niedriglohn-Wettbewerb wird Europa nicht weit kommen. Das Problem Europas ist nicht die Lohnhöhe, sondern mangelnden Investitionen, mangelhafte Infrastruktur, auch Bürokratie und wider-

sprüchliche gesetzliche Regelungen. Wir müssen den Produktionsapparat und die Produktionsbedingungen modernisieren, damit die Produktivität wieder steigt.

Aber niedrigere Löhne helfen den Unternehmen.

Die mangelnde Nachfrage erwürgt die Wirtschaft. Wäre ich Investor, ich würde derzeit nicht in Griechenland investieren wollen. Außerdem gibt es verschiedene Interessen in einer Gesellschaft, nicht nur die Unternehmen.

Wie wollen Sie Ihr Programm finanzieren?

Zunächst will ich festhalten: Die bisherige Politik ist gescheitert. Griechenlands Wirtschaftsleistung ist ein Viertel geringer als vor der Krise und den Sparprogrammen. Es muss einen Politikwechsel geben.

Wo soll das Geld herkommen?

Unser Programm kostet im ersten Jahr knapp zwölf Milliarden Euro...

Die griechische Regierung sagt, es sei viel mehr - bis zu 17 Milliarden.

Das wird die Regierung immer sagen, sie ist unser politischer Gegner. Wir errechnen zwölf Milliarden. Drei Milliarden bekommen wir aus der Eintreibung von Steuerrückständen, die insgesamt auf 70 Milliarden gestiegen sind. Die aktuelle Regierung schätzt, dass dem Staat durch Steuerhinterziehung und Öl-Schmuggel jährlich über zwölf Milliarden Euro entgehen - drei Milliarden davon wollen wir zurückholen. Das ist realistisch. Weitere drei Milliarden wollen wir aus dem Fonds für die Bankenstabilisierung nehmen und drei Milliarden aus EU-Struktur und -Investitionsfonds.

Das Geld aus den Strukturfonds und aus dem Bankenfonds kommt von der EU. Sie brauchen also die Zustimmung der europäischen Regierungen. Gleichzeitig kritisieren Sie die Sparauflagen für Griechenland und wollen die vereinbarten Bedingungen für die vergebenen EU-Hilfen neu verhandeln. Die EU lehnt das bislang ab. Was wollen Sie tun?

Über unser Programm wollen wir nicht verhandeln, denn das ist Sache nationaler Politik und eine Frage der Demokratie. Wenn die Menschen unser Programm wählen, setzen wir es um.

...finanziert mit Geld der EU.

Aber unser Programm ist im Interesse der EU. Denn: Der Sparkurs hat Griechenland ruiniert, die Wirtschaft ist dra-

stisch geschrumpft, die Arbeitslosigkeit liegt bei 26 Prozent. Viele international renommierte Ökonomen halten den Sparkurs für falsch.

Sie malen schwarz. Die griechische Wirtschaft wächst bereits wieder. Im dritten Quartal legte das Bruttoinlandsprodukt um 0,7 Prozent zu, das war Euro-Zonen-Rekord.

Angesichts eines Produktionsrückgangs von rund 30 Prozent ist das nicht beeindruckend. Und nebenbei gesagt ist dieses Wachstum von 0,7 Prozent ein statistischer Effekt. Denn das ist das reale Wirtschaftswachstum, die Inflation ist abgezogen. Nun herrscht in Griechenland Deflation, die Preise sinken um ein Prozent. Berücksichtigt man dies, so zeigt sich: "Real" produzieren die Unternehmen zwar mehr, tatsächlich aber nehmen sie weniger ein, weil die Preise fallen. Die Katastrophe setzt sich also fort. Niemand kann Interesse daran haben, dass der Sparkurs weitergeführt wird. Es heißt immer, Griechenland sei ein Fass ohne Boden. Wir wollen einen Boden einziehen.

Ohne Verhandlung mit der EU werden Sie nicht weit kommen. Denn Griechenland mag vielleicht Ihr Programm finanzieren können. Aber dieses Jahr braucht das Land nach Schätzungen 16 Milliarden Euro neue Kredite, um Zinsen zu zahlen und Alt-Schulden zurückzuzahlen. Um diese Kredite zu bekommen, brauchen Sie die EU.

Wir sind verhandlungsbereit. Es geht uns darum, die Sparauflagen abzumildern, um Griechenland wieder Luft zum Atmen zu geben. Nach geltender Vereinbarung muss Griechenland die nächsten Jahre hohe Überschüsse im Staatshaushalt erzielen und weitere Kredite aufnehmen. Und wozu dienen diese Überschüsse und neuen Kredite? Um die aufgelaufenen Schulden zu bedienen! Das ist ökonomischer Unsinn. Griechenland erhält Milliarden an Hilfen und spart sich kaputt, nur um einen Schuldenberg zu bedienen, der immer weiter wächst.

Daher fordern sie einen weiteren Schuldenerlass für Griechenland. Fast 80 Prozent der griechischen Schulden liegen bei öffentlichen Gläubigern wie den EU-Staaten, also letztlich beim Steuerzahler. Warum sollte der für Griechenland zahlen?

Weil es keinen anderen Weg gibt. Auch Deutschland wurde 1953 ein Großteil der Kriegs- und Vorkriegsschulden

erlassen, um einen Neustart zu ermöglichen. Das wollen wir auch - und nicht nur wir. Auch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat dafür plädiert, Griechenlands Schulden zur Hälfte zu streichen.

Bislang wird Ihr Antrag von den EU-Staaten abgelehnt.

Am Ende wird es keine Frage von "Ja" oder "Nein" sein. Es geht nicht um Tsipras gegen Merkel. Es ist ein sehr viel komplizierteres Problem mit sehr vielen Spielern und Interessen. Ich bin optimistisch, dass wir eine Lösung finden werden.

Womit wollen Sie Ihre Verhandlungspartner überzeugen? Die Bundesregierung ließ kürzlich wissen, ein Austritt Griechenlands aus dem Euro sei für die Euro-Zone verkraftbar. Der Grexit scheint kein Drohpotenzial mehr zu haben.

Es gibt einen Unterschied zwischen einer Kriegsdrohung und einer Kriegserklärung. Vor den Wahlen kann jeder sagen, was er will. Nach den Wahlen wird dann verhandelt. Ein Austritt Griechenlands aus dem Euro würde vielleicht kurzfristig die Euro-Zone nicht destabilisieren. Langfristig aber ändert sich dadurch der Charakter der Währungsunion. Beispiel USA: Wenn Kalifornien zahlungsunfähig wird, ist dadurch die währungspolitische Einheit der USA nicht gefährdet. Anders in der Euro-Zone: Tritt Griechenland aus, würde ein Präzedenzfall geschaffen. Die Unumkehrbarkeit des Euro wäre offiziell dementiert. Das untergräbt prinzipiell den Bestand der Währungsunion. Wie gesagt, das kann niemand wollen. Dennoch: Inoffiziell wird in Deutschland gewarnt, man dürfe Syriza keine Zugeständnisse machen. Andernfalls würden andere hochverschuldete Länder ebenfalls benutzte Zugeständnisse bei Spar- und Reformauflagen fordern.

Ich halte das nicht für eine Bedrohung, sondern für eine Chance für Europa. Es braucht ja nicht nur in Griechenland eine Abkehr vom bisherigen Kurs. Auch in anderen Ländern. Auch in Deutschland. Der Zwang zu Sparsamkeit, Lohnsenkungs-Konkurrenz und Wettbewerbsfähigkeit hat auch der deutschen Arbeitsbevölkerung nicht gutgetan. Die Deutschen sollten sich auf Syriza freuen.

Das Gespräch führte Stephan Kaufmann.

Abbildung:

Foto: Paulus Ponizak.

Wörter:

1592

Autor: Paulus Ponizak
Seite: Online 12.01.2015, 17:09 Uhr
Weblink: <http://www.mz-web.de/wirtschaft/wahl-in-griechenland--die-deutschen-sollten-sich-auf-syriza-freuen-20642182,29547030.html>

Gattung: Online-Quelle
Nummer: 1083673864

Wahl in Griechenland, "Die Deutschen sollten sich auf Syriza freuen"

Am 25. Januar wird in Griechenland gewählt. Wenn das Linksbündnis Syriza gewinnt, so wird gewarnt, drohen Chaos und ein Euro-Austritt Griechenlands. Dem widerspricht Jannis Milios, Wirtschaftsprofessor in Athen und wichtigster Wirtschaftsberater von Syriza-Chef Alexis Tsipras.

Die Welt schaut auf Griechenland. Dort wird am 25. Januar gewählt. Bislang liegt das Linksbündnis Syriza vorn, das den strengen Sparkurs des Landes ablehnt. Kommt Syriza an die Macht, so wird gewarnt, drohen Chaos, Krise und ein Euro-Austritt Griechenlands. Dem widerspricht Jannis Milios, Wirtschaftsprofessor in Athen und wichtigster Wirtschaftsberater von Syriza-Chef Alexis Tsipras: "Unsere Politik nützt nicht nur Griechenland, sondern ganz Europa."

Herr Professor Milios, angesichts Ihrer Politikvorschläge bezeichnet man Sie als Populisten. Sind Sie das?

Was ist ein Populist? Für mich ist das jemand, der so tut, als vertrete er die Bevölkerung, tatsächlich aber Politik für die herrschenden Eliten macht. In Europa bezeichnet man derzeit gern Politiker als Populisten, die nicht dem neoliberalen Sparkurs folgen, der als alternativlos gilt.

In diesem Sinne sind Sie Populist?

Mir gefällt der Begriff nicht. Für mich sind Populisten eher Menschen die behaupten, dass die Griechen immerzu Ferien machen, nicht arbeiten und betrügen und dafür die Deutschen zahlen lassen.

Der Großinvestor Joerg Sponer von Capital Group sagte nach einem Treffen mit Ihnen: "Syriza ist schlimmer als Kommunismus, die Kommunisten hatten wenigstens einen Plan. Syriza bedeutet Chaos."

Seit Mai 2012 treffen wir uns mit vielen privaten Geldgebern. Einige lehnen uns ab - das sind die, die auf das schnelle Geld aus sind. Wir erhalten aber auch viel Zustimmung von jenen Investoren, die ihr Geld langfristig anlegen und daher unser Programm zur Wiederbelebung der griechischen Wirt-

schaft für aussichtsreich halten. Diese Anleger kommen vielfach aus Ländern außerhalb Europas, wo man das drastische Sparprogramm der Euro-Staaten für ein Risiko für die Weltwirtschaft hält.

Jannis Milios (Jahrgang 1952) ist Professor für Politische Ökonomie an der Universität NTUA in Athen. Er studierte Ingenieurwissenschaften und Wirtschaft an den Universitäten Osnabrück, Darmstadt und Athen. In seinen zahlreichen Texten befasst er sich insbesondere mit der Geschichte des ökonomischen Denkens, den Finanzmärkten und der Entwicklung des Kapitalismus. Seit einigen Jahren ist er einer der wirtschaftspolitischen Köpfe des griechischen Linksbündnisses Syriza.

Wie sieht Ihr Programm aus, das Europa in Schrecken versetzt?

Unser Programm hat vier Punkte. Erstens wollen wir die humanitäre Krise bekämpfen. Dafür werden wir 300 000 arme Haushalte gratis mit Strom versorgen und Nahrungsmittel an Bedürftige verteilen. Zudem gibt es viele leerstehende Wohnungen und immer mehr Obdachlose. Ihnen helfen wir, indem wir die Miete mit drei Euro pro Quadratmeter subventionieren. Rentner, die weniger als 700 Euro haben, sollen 13 Renten pro Jahr erhalten anstatt zwölf. Vor den Sparprogrammen waren es 14. Das kostet Geld...

Natürlich. Allerdings sollten Wohnung und Essen in Europa heutzutage eine Selbstverständlichkeit sein. Aber unser Programm kostet noch mehr. Denn wir müssen das Problem der privaten Überschuldung lösen: Der Schuldendienst der privaten Haushalte darf künftig nicht mehr als ein Drittel des Einkommens betragen. Schulden, die darüber hinausgehen, werden eingefroren, bis der

Schuldendienst wieder geleistet werden kann. Zudem planen wir eine Reorganisation des Staates: Darunter fallen Maßnahmen wie die Verminderung der Ministerien von 18 auf zehn oder die Bekämpfung der Korruption und Steuerhinterziehung.

Die Korruption zu bekämpfen versprechen alle Regierungen - mit mäßigem Erfolg.

Das stimmt. Der Grund dafür liegt in den herrschenden Parteien, die Griechenland schon seit Jahrzehnten regieren. Sie sind fester Bestandteil des Systems der Korruption und Vetternwirtschaft. So existiert eine Liste mit 24 000 Personen, die in den letzten Jahren jeweils mehr als 100 000 Euro am Finanzamt vorbei außer Landes gebracht haben. Innerhalb von zwei Jahren hat die Regierung nur 407 dieser Fälle untersucht. Private Sender zahlen nichts für die Nutzung öffentlicher Frequenzen. All das zeigt: Bisher fehlt der Wille zur Bekämpfung der Korruption. Die herrschenden Parteien sind eng mit den großen Oligarchen und Konzernen verknüpft. Wir nicht.

Wie will Syriza die griechische Wirtschaft in Gang bringen?

Dazu gehört, dass wir den Rückgang der Löhne stoppen, indem wir den Mindestlohn wieder von 586 auf 750 Euro pro Monat erhöhen und die Flächentarifverträge stärken. Sklavenartige Arbeit muss verschwinden.

Aber Lohnerhöhungen verteuern Arbeit, was die griechische Wettbewerbsfähigkeit unterminiert.

Das ist die in Europa derzeit herrschende Ideologie. Tatsächlich sind die europäischen Volkswirtschaften kapitalintensive Ökonomien. Mit einem Niedriglohn-Wettbewerb wird Europa nicht weit kommen. Das Problem Europas ist

nicht die Lohnhöhe, sondern mangelnden Investitionen, mangelhafte Infrastruktur, auch Bürokratie und widersprüchliche gesetzliche Regelungen. Wir müssen den Produktionsapparat und die Produktionsbedingungen modernisieren, damit die Produktivität wieder steigt.

Aber niedrigere Löhne helfen den Unternehmen.

Die mangelnde Nachfrage erwürgt die Wirtschaft. Wäre ich Investor, ich würde derzeit nicht in Griechenland investieren wollen. Außerdem gibt es verschiedene Interessen in einer Gesellschaft, nicht nur die Unternehmen.

Wie wollen Sie Ihr Programm finanzieren?

Zunächst will ich festhalten: Die bisherige Politik ist gescheitert. Griechenlands Wirtschaftsleistung ist ein Viertel geringer als vor der Krise und den Sparprogrammen. Es muss einen Politikwechsel geben.

Wo soll das Geld herkommen?

Unser Programm kostet im ersten Jahr knapp zwölf Milliarden Euro...

Die griechische Regierung sagt, es sei viel mehr - bis zu 17 Milliarden.

Das wird die Regierung immer sagen, sie ist unser politischer Gegner. Wir errechnen zwölf Milliarden. Drei Milliarden bekommen wir aus der Eintreibung von Steuerrückständen, die insgesamt auf 70 Milliarden gestiegen sind. Die aktuelle Regierung schätzt, dass dem Staat durch Steuerhinterziehung und Öl-Schmuggel jährlich über zwölf Milliarden Euro entgehen - drei Milliarden davon wollen wir zurückholen. Das ist realistisch. Weitere drei Milliarden wollen wir aus dem Fonds für die Bankenstabilisierung nehmen und drei Milliarden aus EU-Struktur und -Investitionsfonds.

Das Geld aus den Strukturfonds und aus dem Bankenfonds kommt von der EU. Sie brauchen also die Zustimmung der europäischen Regierungen. Gleichzeitig kritisieren Sie die Sparauflagen für Griechenland und wollen die vereinbarten Bedingungen für die vergebenen EU-Hilfen neu verhandeln. Die EU lehnt das bislang ab. Was wollen Sie tun?

Über unser Programm wollen wir nicht verhandeln, denn das ist Sache nationaler Politik und eine Frage der Demokratie. Wenn die Menschen unser Programm wählen, setzen wir es um.

...finanziert mit Geld der EU.

Aber unser Programm ist im Interesse

der EU. Denn: Der Sparkurs hat Griechenland ruiniert, die Wirtschaft ist drastisch geschrumpft, die Arbeitslosigkeit liegt bei 26 Prozent. Viele international renommierte Ökonomen halten den Sparkurs für falsch.

Sie malen schwarz. Die griechische Wirtschaft wächst bereits wieder. Im dritten Quartal legte das Bruttoinlandsprodukt um 0,7 Prozent zu, das war Euro-Zonen-Rekord.

Angesichts eines Produktionsrückgangs von rund 30 Prozent ist das nicht beeindruckend. Und nebenbei gesagt ist dieses Wachstum von 0,7 Prozent ein statistischer Effekt. Denn das ist das reale Wirtschaftswachstum, die Inflation ist abgezogen. Nun herrscht in Griechenland Deflation, die Preise sinken um ein Prozent. Berücksichtigt man dies, so zeigt sich: "Real" produzieren die Unternehmen zwar mehr, tatsächlich aber nehmen sie weniger ein, weil die Preise fallen. Die Katastrophe setzt sich also fort. Niemand kann Interesse daran haben, dass der Sparkurs weitergeführt wird. Es heißt immer, Griechenland sei ein Fass ohne Boden. Wir wollen einen Boden einziehen.

Ohne Verhandlung mit der EU werden Sie nicht weit kommen. Denn Griechenland mag vielleicht Ihr Programm finanzieren können. Aber dieses Jahr braucht das Land nach Schätzungen 16 Milliarden Euro neue Kredite, um Zinsen zu zahlen und Alt-Schulden zurückzuzahlen. Um diese Kredite zu bekommen, brauchen Sie die EU.

Wir sind verhandlungsbereit. Es geht uns darum, die Sparauflagen abzumildern, um Griechenland wieder Luft zum Atmen zu geben. Nach geltender Vereinbarung muss Griechenland die nächsten Jahre hohe Überschüsse im Staatshaushalt erzielen und weitere Kredite aufnehmen. Und wozu dienen diese Überschüsse und neuen Kredite? Um die aufgelaufenen Schulden zu bedienen! Das ist ökonomischer Unsinn. Griechenland erhält Milliarden an Hilfen und spart sich kaputt, nur um einen Schuldenberg zu bedienen, der immer weiter wächst.

Daher fordern sie einen weiteren Schuldenerlass für Griechenland. Fast 80 Prozent der griechischen Schulden liegen bei öffentlichen Gläubigern wie den EU-Staaten, also letztlich beim Steuerzahler. Warum sollte der für Griechenland zahlen?

Weil es keinen anderen Weg gibt. Auch Deutschland wurde 1953 ein Großteil

der Kriegs- und Vorkriegsschulden erlassen, um einen Neustart zu ermöglichen. Das wollen wir auch - und nicht nur wir. Auch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat dafür plädiert, Griechenlands Schulden zur Hälfte zu streichen.

Bislang wird Ihr Antrag von den EU-Staaten abgelehnt.

Am Ende wird es keine Frage von "Ja" oder "Nein" sein. Es geht nicht um Tsipras gegen Merkel. Es ist ein sehr viel komplizierteres Problem mit sehr vielen Spielern und Interessen. Ich bin optimistisch, dass wir eine Lösung finden werden.

Womit wollen Sie Ihre Verhandlungspartner überzeugen? Die Bundesregierung ließ kürzlich wissen, ein Austritt Griechenlands aus dem Euro sei für die Euro-Zone verkraftbar. Der Grexit scheint kein Drohpotenzial mehr zu haben.

Es gibt einen Unterschied zwischen einer Kriegsdrohung und einer Kriegserklärung. Vor den Wahlen kann jeder sagen, was er will. Nach den Wahlen wird dann verhandelt. Ein Austritt Griechenlands aus dem Euro würde vielleicht kurzfristig die Euro-Zone nicht destabilisieren. Langfristig aber ändert sich dadurch der Charakter der Währungsunion. Beispiel USA: Wenn Kalifornien zahlungsunfähig wird, ist dadurch die währungspolitische Einheit der USA nicht gefährdet. Anders in der Euro-Zone: Tritt Griechenland aus, würde ein Präzedenzfall geschaffen. Die Unumkehrbarkeit des Euro wäre offiziell dementiert. Das untergräbt prinzipiell den Bestand der Währungsunion. Wie gesagt, das kann niemand wollen. Dennoch: Inoffiziell wird in Deutschland gewarnt, man dürfe Syriza keine Zugeständnisse machen. Andernfalls würden andere hochverschuldete Länder ebenfalls benutzte Zugeständnisse bei Spar- und Reformauflagen fordern.

Ich halte das nicht für eine Bedrohung, sondern für eine Chance für Europa. Es braucht ja nicht nur in Griechenland eine Abkehr vom bisherigen Kurs. Auch in anderen Ländern. Auch in Deutschland. Der Zwang zu Sparsamkeit, Lohnsenkungs-Konkurrenz und Wettbewerbsfähigkeit hat auch der deutschen Arbeitsbevölkerung nicht gutgetan. Die Deutschen sollten sich auf Syriza freuen.

Das Gespräch führte Stephan Kaufmann.

Abbildung: (BILD: Paulus Ponizak).
Wörter: 1592

Seite: 12
Ressort: Wirtschaft
Rubrik: FR Deutschlandausgabe

Gattung: Tageszeitung
Auflage: 64.788 (gedruckt) 54.287 (verkauft)
 58.138 (verbreitet)
Reichweite: 0,19 (in Mio.)

kein Titel

Die Welt schaut gebannt auf Griechenland. Dort wird am 25. Januar gewählt. Bislang liegt das Linksbündnis Syriza in den Umfragen vorn, das den strengen Sparkurs des Landes ablehnt. Kommt Syriza an die Macht, so wird gewarnt, drohen Chaos, Krise und ein Euro-Austritt Griechenlands. Dem widerspricht Jannis Milios, Wirtschaftsprofessor in Athen und wichtigster Wirtschaftsberater von Syriza-Chef Alexis Tsipras: "Unsere Politik nützt nicht nur Griechenland, sondern ganz Europa."

Herr Professor Milios, in Europa wird vor Syriza gewarnt. Wie sieht Ihr Programm aus, das Europa in Schrecken versetzt?

Unser Programm hat vier Punkte. Erstens wollen wir die humanitäre Krise bekämpfen. Dafür werden wir 300 000 arme Haushalte gratis mit Strom versorgen und Nahrungsmittel an Bedürftige verteilen. Zudem gibt es viele leerstehende Wohnungen und immer mehr Obdachlose. Ihnen helfen wir, indem wir die Miete mit drei Euro pro Quadratmeter subventionieren. Rentner, die weniger als 700 Euro haben, sollen 13 Renten pro Jahr erhalten anstatt zwölf - vor den Sparprogrammen waren es 14. Das kostet Geld ...

Natürlich - allerdings sollten Wohnung und Essen in Europa heutzutage eine Selbstverständlichkeit sein. Aber unser Programm kostet noch mehr. Denn wir müssen das Problem der privaten Überschuldung lösen: Der Schuldendienst der privaten Haushalte darf künftig nicht mehr als ein Drittel des Einkommens betragen. Schulden, die darüber hinausgehen, werden eingefroren, bis der Schuldendienst wieder geleistet werden kann. Zudem planen wir eine Reorganisation des Staates: Darunter fallen Maßnahmen wie die Verminderung der Ministerien von 18 auf zehn oder die Bekämpfung der Korruption und Steuerhinterziehung.

Die Korruption zu bekämpfen versprechen alle Regierungen - mit mäßigem Erfolg.

Das stimmt. Der Grund dafür liegt in den herrschenden Parteien, die Grie-

chenland schon seit Jahrzehnten regieren. Sie sind fester Bestandteil des Systems der Korruption und Vetternwirtschaft. So existiert etwa eine Liste mit 24 000 Personen, die in den letzten Jahren jeweils mehr als 100 000 Euro am Finanzamt vorbei außer Landes gebracht haben. Innerhalb von zwei Jahren hat die Regierung nur 407 dieser Fälle untersucht. Private Sender zahlen nichts für die Nutzung öffentlicher Frequenzen. All das zeigt: Bisher fehlt der Wille zur Bekämpfung der Korruption. Die herrschenden Parteien sind eng mit den großen Oligarchen und Konzernen verknüpft. Wir nicht.

Wie will Syriza die Wirtschaft wieder in Gang bringen?

Dazu gehört, dass wir den Rückgang der Löhne stoppen, indem wir den Mindestlohn wieder von 586 auf 750 Euro pro Monat erhöhen und die Flächentarifverträge stärken. Sklavenartige Arbeit muss verschwinden.

Aber Lohnerhöhungen verteuern Arbeit, was die Wettbewerbsfähigkeit unterminiert.

Das ist die in Europa derzeit herrschende Ideologie. Tatsächlich sind die europäischen Volkswirtschaften kapitalintensive Ökonomien. Mit einem Niedriglohn-Wettbewerb wird Europa nicht weit kommen. Das Problem Europas ist nicht die Lohnhöhe, sondern sind die mangelnden Investitionen, die mangelhafte Infrastruktur und auch Bürokratie und widersprüchliche gesetzliche Regelungen. Wir müssen Produktionsapparat und Produktionsbedingungen modernisieren, damit die Produktivität wieder steigt.

Aber niedrigere Löhne helfen den Unternehmen.

Die mangelnde Nachfrage erwürgt die Wirtschaft. Wäre ich Investor, ich würde nicht in Griechenland investieren wollen. Außerdem gibt es verschiedene Interessen in einer Gesellschaft, nicht nur die Unternehmen.

Wie wollen Sie Ihr Programm finanzieren?

Unser Programm kostet im ersten Jahr knapp zwölf Milliarden Euro.

Die griechische Regierung sagt, es sei viel mehr, bis zu 17 Milliarden.

Ja, das wird die Regierung immer sagen, denn sie ist unser politischer Gegner. Wir errechnen zwölf Milliarden. Drei Milliarden bekommen wir aus der Eintreibung von Steuerrückständen, die insgesamt auf 70 Milliarden gestiegen sind. Die aktuelle Regierung schätzt, dass dem Staat durch Steuerhinterziehung und den grassierenden Öl-Schmuggel jährlich über zwölf Milliarden Euro entgehen - drei Milliarden davon wollen wir zurückholen. Das ist realistisch. Weitere drei Milliarden wollen wir aus dem Fonds für die Bankenstabilisierung nehmen und drei Milliarden aus EU-Struktur und -Investitionsfonds.

Das Geld aus den Strukturfonds und aus dem Bankenfonds kommt von der EU. Sie brauchen also die Zustimmung der europäischen Regierungen. Gleichzeitig kritisieren Sie die Sparauflagen für Griechenland und wollen die vereinbarten Bedingungen für die vergebenen EU-Hilfen neu verhandeln. Die EU lehnt das bislang ab. Was wollen Sie tun?

Über unser Programm wollen wir nicht verhandeln, denn das ist Sache nationaler Politik und eine Frage der Demokratie. Wenn die Menschen unser Programm wählen, setzen wir es um. Finanziert mit Geld der EU.

Aber unser Programm ist im Interesse der EU. Denn: Der Sparkurs hat Griechenland ruiniert, die Wirtschaft ist drastisch geschrumpft, die Arbeitslosigkeit liegt bei 26 Prozent. Viele international renommierte Ökonomen halten den Sparkurs für falsch.

Sie malen schwarz. Die griechische Wirtschaft wächst doch bereits wieder. Im dritten Quartal legte das Bruttoinlandsprodukt um 0,7 Prozent zu, das war Euro-Zonen-Rekord.

Angesichts eines Produktionsrückgangs von rund 30 Prozent ist das nicht beeindruckend. Und nebenbei gesagt ist dieses Wachstum von 0,7 Prozent ein statistischer Effekt. Denn das ist das reale Wirtschaftswachstum, die Inflation ist abgezogen. Nun herrscht in Griechen-

land aber Deflation, die Preise sinken um ein Prozent. Berücksichtigt man dies, so zeigt sich: "Real" produzieren die Unternehmen zwar mehr, tatsächlich aber nehmen sie weniger ein, weil die Preise fallen. Die Katastrophe setzt sich also fort. Es heißt immer, Griechenland sei ein Fass ohne Boden. Wir wollen einen Boden einziehen.

Ohne Verhandlung mit der EU werden Sie nicht weit kommen. Denn Griechenland mag vielleicht Ihr Programm finanzieren können. Aber dieses Jahr braucht das Land rund 16 Milliarden Euro neue Kredite, um Zinsen und Alt-Schulden zu zahlen. Um diese Kredite zu bekommen, brauchen Sie die EU.

Wir sind verhandlungsbereit. Es geht uns darum, die Sparauflagen abzumildern, um Griechenland wieder Luft zum Atmen zu geben. Nach geltender Vereinbarung muss Griechenland die nächsten Jahre hohe Überschüsse im Staatshaushalt erzielen und weitere Kredite aufnehmen. Und wozu? Um die aufgelaufenen Schulden zu bedienen! Das ist doch ökonomischer Unsinn.

Daher fordern Sie einen weiteren Schuldenerlass. Fast 80 Prozent der griechischen Schulden liegen jedoch bei öffentlichen Gläubigern wie den EU-Staaten oder dem Euro-Rettungsschirm - also letztlich beim Steuerzahler. Warum sollte der für Griechenland zahlen? Weil es keinen anderen Weg gibt. Auch Deutschland wurde 1953 ein Großteil der Kriegs- und Vorkriegsschulden erlassen, um einen Neustart zu ermöglichen. Das wollen wir auch - und nicht nur wir. Auch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat vergangene Woche dafür plädiert, Griechenlands

Schulden zur Hälfte zu streichen.

Bislang wird Ihr Antrag von den EU-Staaten abgelehnt.

Am Ende wird es keine Frage von "Ja" oder "Nein" sein. Es geht nicht um Tsipras gegen Merkel. Es ist ein sehr viel komplizierteres Problem mit sehr vielen Spielern und Interessen. Ich bin optimistisch, dass wir eine Lösung finden werden.

Womit wollen Sie Ihre Verhandlungspartner überzeugen? Die Bundesregierung ließ kürzlich wissen, ein Austritt Griechenlands aus dem Euro sei für die Euro-Zone verkraftbar. Der Grexit scheint kein Drohpotenzial mehr zu haben.

Es gibt einen Unterschied zwischen einer Kriegsdrohung und einer Kriegserklärung. Vor den Wahlen kann jeder sagen, was er will. Nach den Wahlen wird dann verhandelt. Ein Austritt Griechenlands aus dem Euro würde vielleicht kurzfristig die Euro-Zone nicht destabilisieren. Langfristig aber ändert sich dadurch der Charakter der Währungsunion. Tritt Griechenland aus, würde ein Präzedenzfall geschaffen. Die Unumkehrbarkeit des Euro wäre offiziell dementiert. Das untergräbt prinzipiell den Bestand der Währungsunion. Wie gesagt, das kann niemand wollen. Dennoch: Inoffiziell wird in Deutschland gewarnt, man dürfe Syriza keine Zugeständnisse machen. Sonst würden andere hochverschuldete Länder ebenfalls Zugeständnisse bei Spar- und Reformauflagen fordern.

Ich halte das nicht für eine Bedrohung, sondern für eine Chance für Europa. Es braucht ja nicht nur in Griechenland eine Abkehr vom bisherigen Kurs. Auch

in anderen Ländern. Auch in Deutschland. Der Sparzwang, Lohnsenkungs-Konkurrenz und Wettbewerbsfähigkeit hat auch der deutschen Arbeitsbevölkerung nicht gutgetan. Die Deutschen sollten sich auf Syriza freuen.

Interview: Stephan Kaufmann

ZUR PERSON

Jannis Milios ist Professor für Politische Ökonomie an der Universität NTUA in Athen. Er studierte Ingenieurwissenschaften und Wirtschaft an den Universitäten Osnabrück, Darmstadt und Athen.

In seinen Texten befasst Milios sich mit der Geschichte des ökonomischen Denkens, den Finanzmärkten und der Entwicklung des Kapitalismus. Seit einigen Jahren ist er einer der wirtschaftspolitischen Köpfe des griechischen Linksbündnisses Syriza. kau

ENTSCHÄDIGUNG

Die Bundesregierung lehnt Entschädigungszahlungen an Griechenland für Folgen des Zweiten Weltkriegs ab. Das gelte auch für etwaige Ansprüche aus einer Zwangsanleihe, die Nazi-Deutschland als Besatzungsmacht dem Land Anfang der 40er Jahre abgefordert hatte, teilte das Bundesfinanzministerium am Montag mit. Es reagierte damit auf Berichte, nach denen Deutschland Hellas elf Milliarden Euro aus diesem Zwangskredit schulde. rtr

Abbildung:

Jannis Milios hofft auf ein Umdenken in Europa. PAULUS PONIZAK

Wörter:

1360

Urheberinformation:

Alle Rechte vorbehalten. © Frankfurter Rundschau GmbH, Frankfurt am Main

Autor: HANNA GERSMANN
Seite: 09
Ressort: Wirtschaft und Umwelt

Gattung: Tageszeitung
Nummer: 10612
Auflage: 64.984 (gedruckt) 54.806 (verkauft)
56.132 (verbreitet)
Reichweite: 0,24 (in Mio.)

Ausgabe: Hauptausgabe
Weblink: <http://www.taz.de/pt/2015/01/13/a0074.nf/text>

„Eine Frage der Solidarität“

EUROKRISE Griechenland braucht einen Schuldenerlass, sagt John Milios, der Chefökonom des Linksbündnisses Syriza. Die Menschen litten unter dem bisherigen Spardiktat

INTERVIEW HANNA GERSMANN
taz: Herr Milios, mischt sich Bundeskanzlerin Angela Merkel in die Zukunft Griechenlands ein?

John Milios: Deutschland ist das stärkste Land in der Europäischen Union, also akzeptieren alle, dass es die wichtigste Rolle spielt. Das Problem: Die Regierungschefs in den anderen EU-Ländern lehnen sich nicht gegen die von Merkel vorgegebene extrem neoliberale Politik auf, durch die das Land, die Wirtschaft und die Gesellschaft kaputtgespart werden. Die Menschen in Griechenland können zum Beispiel nicht mehr vernünftig medizinisch versorgt werden. So warten sie auf eine Krebsoperation leicht acht Monate. Dann kann es schon zu spät sein.

Sie und Ihre Partei wollen den Sparkurs, den Brüssel im Gegenzug zu Hilfskrediten fordert, aufheben. Nehmen Sie in Kauf, aus der Eurozone geworfen zu werden?

Das sehen die europäischen Verträge doch gar nicht vor. Und es wäre auch für alle anderen ein Risiko. Geht ein Land raus, wird es Chaos geben. Wir wollen in der Eurozone kämpfen – und verhandeln, um aus der Schuldenfalle zu kommen.

Sie wollen einen Schuldenschnitt – wie soll der genau aussehen?

Es hätte kein deutsches Wirtschaftswunder gegeben, wenn der Bundesrepublik nicht 1953 die Hälfte aller Schulden bei anderen Staaten, Unternehmen und Privatinvestoren erlassen worden wäre. Damals reichte auch Griechenland dem Kriegsverlierer die Hand. Heute brau-

chen wir Spielraum, um eine sozial gerechte Wirtschaftsentwicklung zu fördern.

Die Schulden der Deutschen damals resultierten zum Teil noch aus dem Versailler Vertrag nach dem Ersten Weltkrieg. Ist das vergleichbar?

Der Schuldenerlass ist eine Frage der Solidarität. Unterschiede gibt es immer. In Griechenland stehen wir vor einer humanitären Katastrophe.

Warum meistern denn andere Länder wie Irland oder Portugal ihre Krise besser als Griechenland?

Die Iren sprechen Englisch, und sie haben eine starke irische Gemeinschaft in Großbritannien und in den USA. Irlands Arbeitslosigkeit ist nur deshalb niedriger, weil viele ausgewandert sind. Das hat nichts mit guter Performance zu tun.

Ist es für Sie gerecht, dass der Rest Europas – selbst die ärmeren Euroländer Slowenien, Slowakei und das Baltikum – für die jahrelange Misswirtschaft der griechischen Regierung zahlen muss?

Die Bürger sollen keinen Euro verlieren. Das könnte so funktionieren: Die Europäische Zentralbank nimmt allen Eurostaaten jene Schulden ab, die 50 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung übersteigen. Die werden umgewandelt in Anleihen, die nicht verzinst werden. Die Anleihen verlieren mit der Inflation Jahr für Jahr an Wert. Regierungen kaufen sie dann zurück, wenn sie nicht mehr Schulden als 20 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung ausmachen. Auf das Geld aus Griechenland müsste

die EZB dann ungefähr 50 Jahre warten.

Wie wollen Sie im Gegenzug die Wirtschaft wieder in Gang bringen?

In Griechenland entstehen bereits viele kleine Unternehmen, die Software und Mikroelektronik entwickeln. Diese Unternehmen werden wir fördern. Genau wie die grünen Energien. Zudem werden wir versuchen, den Tourismussektor mit der Landwirtschaft zusammenzubringen – und zum Beispiel allen Urlaubern mehr als Feta und Oliven anbieten.

Wie viel kostet das den griechischen Staat?

Für unser sogenanntes Thessaloniki-Programm, mit dem wir die Einkommen und den Wohlfahrtsstaat stabilisieren wollen, veranschlagen wir 11,5 Milliarden Euro.

Werden Sie endlich die Reichen in Griechenland dazu bringen, ihrer Steuerpflicht nachzukommen?

Die Steuerbehörden in Griechenland müssen gestärkt werden. Längst gibt es Listen mit Steuersündern und Korruptionsdelikten. 55.000 Griechen haben demnach zum Beispiel während der Krise jeweils mehr als 100.000 Euro von ihren Konten abgehoben und aus dem Land geschafft. 24.000 davon sollen dabei gegenüber den Finanzbehörden falsche Angaben gemacht haben. Doch gerade mal 400 davon sind innerhalb der letzten zwei Jahre bestraft worden. Personal fehlt an allen Ecken und Enden. Es hat etwas mit politischem Willen zu tun, ob man Steuersünder belangt.

Wörter: 610
Urheberinformation: TAZ Verlags- und Vertriebs GmbH

Seite: 4
Ressort: Politik
Rubrik: DBA Döbelner Anzeiger
Ausgabe: Döbelner Anzeiger
Weblink: <http://www.sz-online.de/>

Gattung: Tageszeitung
Auflage: 245.479 (gedruckt) 234.802 (verkauft)
 237.716 (verbreitet)
Reichweite: 0,63 (in Mio.)

"Das ist eine Frage der Solidarität"

Griechenland braucht nach Ansicht des Linksbündnisses Syriza einen Schuldenerlass. Das Spardiktat sei ausgereizt.

Mitte des vergangenen Jahres hatte Griechenland 320 Milliarden Euro Staatsschulden. Das sind 175 Prozent der Wirtschaftsleistung. Das Land erwirtschaftet nicht genug, um den Berg abzutragen. Im Vorfeld der Wahlen in Griechenland am 25. Januar wird über einen Schuldenerlass diskutiert. John Milios (62) ist Wirtschaftsprofessor in Athen und Chefökonom des Linksbündnisses Syriza, dessen Wirtschaftsprogramm er mitverfasst hat.

Herr Milios, mischt sich die deutsche Bundeskanzlerin in die Zukunft Griechenlands ein?

Deutschland ist das stärkste Land in der Europäischen Union, also akzeptieren alle, dass es die wichtigste Rolle spielt. Das Problem: Die Regierungschefs in den anderen EU-Ländern lehnen sich nicht gegen die vorgegebene extrem neoliberale Politik auf, durch die Land, Wirtschaft und Gesellschaft kaputt gespart werden. Die Menschen in Griechenland können zum Beispiel nicht mehr vernünftig medizinisch versorgt werden. So warten sie auf eine Krebsoperation bis zu acht Monate. Da kann es längst zu spät sein.

Sie und Ihre Partei wollen den Sparkurs, den Brüssel im Gegenzug zu Hilfskrediten fordert, aufheben. Nehmen Sie in Kauf, dafür aus der Eurozone rausgeworfen zu werden? Das sehen die europäischen Verträge doch gar nicht vor. Und es wäre auch für alle anderen ein Risiko. Geht ein Land raus, wird es Chaos geben. Wir wollen in der Eurozone kämpfen - und verhandeln, um aus der Schuldenfalle zu kommen.

Sie wollen einen Schuldenschnitt - wie soll der genau aussehen?

Es hätte kein deutsches Wirtschaftswunder gegeben, wenn der Bundesrepublik

nicht 1953 die Hälfte aller Schulden bei anderen Staaten, Unternehmen und Privatinvestoren erlassen worden wäre. Damals reichte Griechenland dem Kriegsverlierer auch die Hand. Heute brauchen wir einen finanziellen Spielraum, um eine sozial gerechte Wirtschaftsentwicklung zu fördern.

Die Schulden damals resultierten aber zum Teil noch aus dem Versailler Vertrag nach dem Ersten Weltkrieg.

Ist das vergleichbar?

Der Schuldenerlass ist eine Frage der Solidarität. Historische Unterschiede gibt es immer. In Griechenland stehen wir in einer Zeit des Friedens vor einer humanitären Katastrophe.

Warum meistern Länder wie Irland oder Portugal ihre Krise besser als die Griechen?

Die Iren sprechen Englisch, und sie haben eine starke irische Gemeinschaft in Großbritannien und in den USA. Irlands Arbeitslosigkeit ist nur deshalb niedriger, weil viele ausgewandert sind. Das hat nichts mit guter Performance zu tun.

Für Sie ist es gerecht, dass der Rest Europas für die Misswirtschaft der griechischen Regierung zahlen muss?

Die Bürger sollen keinen Euro verlieren. Das könnte so funktionieren: Die Europäische Zentralbank nimmt allen Eurostaaten jene Schulden ab, die 50 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung übersteigen. Die werden umgewandelt in unverzinsten Anleihen. Diese verlieren mit der Inflation Jahr für Jahr an Wert. Regierungen kaufen sie dann zurück, wenn sie nicht mehr Schulden als 20 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung ausmachen. Auf das Geld aus Griechenland müsste die EZB dann ungefähr 50 Jahre warten.

Wie bringen Sie im Gegenzug die

Wirtschaft in Gang?

In Griechenland entstehen bereits viele kleine Unternehmen, die Software und Mikroelektronik entwickeln. Dieser High-Tech-Sektor macht jetzt gut 2,5 Prozent aus der Wirtschaftsleistung aus - die Agrarwirtschaft vier Prozent. Diese Start-Ups werden wir fördern. Genau wie die grünen Energien. Zudem sollen Tourismus und Landwirtschaft besser kooperieren.

Wie viel wird das den Staat kosten?

Für unser sogenanntes Thessaloniki-Programm, mit dem wir die Einkommen und den Wohlfahrtsstaat stabilisieren wollen, veranschlagen wir 11,5 Milliarden Euro.

Werden Sie die Reichen dazu bringen, mehr Steuern zu zahlen?

Die Steuerbehörden müssen gestärkt werden. Längst gibt es Listen mit Steuersündern - 55 000 Griechen haben demnach während der Krise jeweils mehr als 100 000 Euro aus dem Land geschafft. 24 000 davon sollen dabei gegenüber den Finanzbehörden falsche Angaben gemacht haben. Doch gerade mal 400 davon sind innerhalb der letzten zwei Jahre bestraft worden.

Was spricht dagegen, griechische Inseln zu verkaufen?

Wir werden niemanden enteignen - weder Arme noch Reiche.

Das Interview führte Hanna Gersmann.

Bildunterschrift:

Griechenlands Regierungen der letzten Jahrzehnte haben einen enormen Schuldenberg angehäuft, für den jetzt vor allem die griechischen Bürger bezahlen müssen. Viele, wie diesen Mann vor einer Athener Bank, hat das in Armut gestürzt. Foto: Reuters

Autor: Hanna Gersmann

Seite: 7

Ressort: Wirtschaft

Rubrik: Bonn

Ausgabe: General-Anzeiger - Bonner Stadtanzeiger Bonn, Hardtberg

Gattung: Tageszeitung

Auflage: 78.834 (gedruckt) 70.163 (verkauft)
71.722 (verbreitet)

Reichweite: 0,23 (in Mio.)

"Das ist eine Frage der Solidarität"

Im Interview erklärt der Chefökonom des griechischen Linksbündnisses Syriza, warum ein Schuldenerlass sein muss

Griechenland werde kaputtgespart und stehe vor einer humanitären Katastrophe, erklärt John Milios, Chefökonom der griechischen Partei Syriza. Mit ihm sprach Hanna Gersmann.

Herr Milios, mischt sich Bundeskanzlerin Angela Merkel in die Zukunft Griechenlands ein?

John Milios: Deutschland ist das stärkste Land in der Europäischen Union, also akzeptieren alle, dass es die wichtigste Rolle spielt. Das Problem: Die Regierungschefs in den anderen EU-Ländern lehnen sich nicht gegen die von ihr vorgegebene extrem neoliberale Politik auf, durch die das Land, die Wirtschaft und die Gesellschaft kaputtgespart werden. Die Menschen in Griechenland können zum Beispiel nicht mehr vernünftig medizinisch versorgt werden. So warten sie auf eine Krebsoperation leicht acht Monate. Dann kann es schon zu spät sein.

Sie und Ihre Partei Syriza wollen den Sparkurs, den Brüssel im Gegenzug zu Hilfskrediten fordert, aufheben. Nehmen Sie in Kauf, aus der Eurozone rausgeworfen zu werden?

Milios: Das sehen die europäischen Verträge doch gar nicht vor. Und es wäre auch für alle anderen ein Risiko. Geht ein Land raus, wird es Chaos geben. Wir wollen in der Eurozone kämpfen - und verhandeln, um aus der Schuldenfalle zu kommen.

Sie wollen einen Schuldenschnitt - wie

soll der genau aussehen?

Milios: Es hätte kein deutsches Wirtschaftswunder gegeben, wenn der Bundesrepublik nicht 1953 die Hälfte aller Schulden bei anderen Staaten, Unternehmen und Privatinvestoren erlassen worden wäre. Damals reichte Griechenland dem Kriegsverlierer auch die Hand. Heute brauchen wir einen finanziellen Spielraum, um eine sozial gerechte Wirtschaftsentwicklung zu fördern. Die Schulden damals resultierten zum Teil noch aus dem Versailler Vertrag nach dem Ersten Weltkrieg. Ist das vergleichbar?

Milios: Der Schuldenerlass ist eine Frage der Solidarität. Unterschiede gibt es immer. In Griechenland stehen wir in einer Zeit des Friedens vor einer humanitären Katastrophe.

Warum meistern Irland oder Portugal ihre Krise besser?

Milios: Die Iren sprechen Englisch, und sie haben ein starke irische Gemeinschaft in Großbritannien und in den USA. Irlands Arbeitslosigkeit ist nur deshalb niedriger, weil viele ausgewandert sind. Das hat nichts mit guter Performance zu tun.

Für Sie ist es gerecht, dass der Rest Europas, selbst die ärmeren Länder, für die Misswirtschaft der griechischen Regierung zahlen muss?

Milios: Die Bürger sollen keinen Euro verlieren. Das könnte so funktionieren: Die Europäische Zentralbank nimmt

allen Eurostaaten jene Schulden ab, die 50 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung übersteigen. Die werden umgewandelt in Anleihen, die nicht verzinst werden. Die Anleihen verlieren mit der Inflation Jahr für Jahr an Wert. Regierungen kaufen sie dann zurück, wenn die Schulden nicht mehr als 20 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung ausmachen. Auf das Geld aus Griechenland müsste die EZB dann ungefähr 50 Jahre warten.

Wie bringen Sie im Gegenzug die Wirtschaft in Gang?

Milios: In Griechenland entstehen bereits viele kleine Unternehmen, die Software und Mikroelektronik entwickeln. Die Agrarwirtschaft macht vier Prozent der Wirtschaftsleistung aus, dieser High-tech-Sektor macht jetzt schon gut 2,5 Prozent aus. Diese Startups werden wir fördern. Genau wie die grünen Energien. Zudem werden wir versuchen, den Tourismussektor mit der Landwirtschaft zusammenzubringen - und zum Beispiel allen Urlaubern mehr als Feta und Oliven anbieten.

Wie viel wird das den Staat kosten?

Milios: Für unser sogenanntes Thessaloniki-Programm, mit dem wir die Einkommen und den Wohlfahrtsstaat stabilisieren wollen, veranschlagen wir 11,5 Milliarden Euro.

Seite: Online 12.01.2015, 00:00 Uhr **Nummer:** 1083026219
Gattung: Online-Quelle
Weblink: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/958139.syriza-bleibt-bei-schuldenschnitt.html>

SYRIZA bleibt bei Schuldenschnitt

Griechischer Regierungschef verspricht 770 000 neue Jobs

Berlin. Griechenlands größte Oppositionspartei SYRIZA hält an ihrer Forderung nach einem Schuldenschnitt für das hoch verschuldete Krisenland fest. »Die Staatsschulden müssen aufhören, als Argument für Sparmaßnahmen zu dienen«, sagte SYRIZA-Chefvolkswirt Jannis Milios am Sonntag in Berlin. »Wir müssen uns entscheiden, ob wir ein soziales Europa wollen oder an einer Politik festhalten, die in die Rezession und Deflation führt«, so Milios weiter. SYRIZA hat gute Chancen, aus den vorgezogenen Parlamentswahlen als Sieger hervorzugehen. Dem Linksbündnis werden in Umfragen 28,5 Prozent der Stim-

men vorausgesagt. Die konservative Partei Nea Dimokratia von Regierungschef Antonis Samaras kommt lediglich auf 25,3 Prozent. So versprach Samaras in einer Wahlkampfrede am Samstag, in den kommenden sechs Jahren 770 000 neue Arbeitsplätze zu schaffen. Zuspruch für ihr Wahlprogramm bekommt SYRIZA unter anderem von der LINKEN. Parteichef Bernd Riexinger erklärte bei dem Jahresauftakt der LINKEN am Sonntag in Berlin, dass die Politik der Troika aus EZB, Internationalem Währungsfonds in dem Krisenland »jämmerlich gescheitert« sei. Auch in Brüssel wächst die Unterstützung für

einen zweiten Schuldenschnitt. »Ein Schuldenschnitt in Griechenland ist unausweichlich, weil das Land sonst mit seiner Schuldenlast nicht fertig wird«, zitierte »Die Welt« am Samstag aus hohen EU-Kreisen. Als Größenordnung für den Schuldenschnitt werde »ein Drittel bis die Hälfte der Staatsschulden« genannt. Die Gesamtschuld Griechenlands liegt derzeit bei rund 320 Milliarden Euro. Davon befinden sich 80 Prozent in der Hand öffentlicher Gläubiger. nd Seite 9

Wörter: 234